

Soziale Demokratie in Europa

Ania Skrzypek

Progressive europäische Werte für das 21. Jahrhundert

Die 2008 gegründete Europäische Parteienstiftung FEPS »Foundation of European Progressive Studies« (FEPS) mit Sitz in Brüssel ist ein Netzwerk von Think Tanks, welches u. a. die Vorarbeit auf dem Weg zu einem sozialdemokratischen Grundsatzprogramm für die nächste Europawahl 2014 leistet. Im Zentrum einer gesamteuropäischen Debatte sollte dabei die Verständigung über gemeinsame Grundwerte und Zielvorstellungen aller sozialdemokratischen Parteien und Bewegungen stehen.

Eine gesamteuropäische programmatische Debatte der Sozialdemokratie ist aus drei Gründen von besonderer Relevanz: Zunächst müssen die Mängel »überholter« Interpretationen unserer Werte erkannt und die Fragen beantwortet werden, die sich bei der Entwicklung einer modernen, sozialdemokratischen Vision für unsere Gesellschaften stellen. Zudem muss eine Art Agenda formuliert werden: In Zeiten, in denen die Politik von der Finanzwirtschaft scheinbar dominiert wird, kann sich eine Richtungsdebatte als essenziell erweisen, um die Glaubwürdigkeit der Politik wiederherzustellen. Durch eine offene Debatte kann Mitgliedern, Sympathisanten und Wählern wieder ein Gefühl der Identifikation und der politischen Partizipation vermittelt werden. Womöglich ist dies der einzig nachhaltige Weg, um die Kluft zwischen der »politischen Klasse« und den enttäuschten Bürgern zu überwinden und so die Sozialdemokratie davor zu bewahren, im zunehmend unbeliebten parteipolitischen Establishment eingeordnet zu werden. Letztlich bietet diese Debatte auch die Chance, klar Position zu den globalen Herausforderungen zu beziehen und aufzuzeigen, was eine spezielle progressive »Agenda für Europa« auszeichnen würde. Die aktuelle vielschichtige Krise bietet also



Ania Skrzypek

(* 1979) ist Senior Research Fellow bei der FEPS (Foundation for European Progressive Studies) und dort verantwortlich für das Forschungsprogramm »Next Left« und Redaktionsleiterin von *Queries* – dem Wissenschaftsmagazin der FEPS.

ania.skrzypek@feps-europe.eu

die Möglichkeit grundlegende Fragen zu erörtern, die zuvor entweder als zu offensichtlich oder aber als politisch inkorrekt liegen gelassen wurden.

Diese drei Aspekte bilden das Kernstück eines gesamteuropäischen Erneuerungsprozesses, der parallel zu den Reformen der nationalen Parteien durchgeführt wird und im sogenannten »Next Left«-Forschungsprogramm beschrieben ist, koordiniert von der »Foundation of European Progressive Studies« (FEPS). In einem Zeitraum von zwei Jahren wurden Wissenschaftler, Journalisten und Politiker zu einem Meinungsaustausch zusammengebracht. Die Ergebnisse dieser Debatten sind in der Buchserie *Next Left* veröffentlicht worden, ebenso wie die FEPS-Studie »Progressive values for the 21st century«. Hier findet man einen Vergleich der Kernpositionen der Mitgliedsparteien der PES (Party of European Socialists).

Ein neues Wertesystem?

Ein neues Wertesystem muss zu einem ideologischen Kompass der progressiven Bewegung auf allen Ebenen werden. Die Forschungsarbeiten von »Next Left« zeigen, dass die Mitgliedsparteien der PES verschiedenen Grundwerten unterschiedliches Gewicht beimessen und sie zudem unterschiedlich umsetzen und interpretieren, wenn sie politische Strategien entwickeln. Es gibt vier Arten von Dokumenten, die die Parteien auf nationaler Ebene verwenden: Grundwerteerklärungen (am häufigsten in den mittel- und westeuropäischen Ländern zu finden); Parteiprogramme und Wahlprogramme (wird eher von den mittel-ost-europäischen sowie auch den südöstlichen Parteien verwendet) sowie Satzungen (typisch für die angelsächsische Tradition). Die Anzahl der darin anerkannten Grundwerte reicht von drei bis zehn, während auf europäischer Ebene die PES in ihrer Erklärung vier Grundwerte nennt. Obwohl es innerhalb der progressiven »Familie« auf dem Kontinent weiterhin sehr große Unterschiede gibt, könnte man sich mehr auf die Gemeinsamkeiten besinnen und zu einem neuen, alles umfassenden Wertesystem gelangen, das in den vier unterschiedlichen politischen Schriften auf nationaler Ebene genauer definiert und dem jeweiligen nationalen Kontext angepasst werden könnte. Für die Herausbildung eines solchen »gemeinsamen Systems« wäre es empfehlenswert, die nationalen und europäischen Debatten mit dem Ziel zusammenzuführen, eine sinnvolle ideologische Grundlage für die Sozialdemokratie auf allen Ebenen – von der lokalen bis zur internationalen Ebene – zu schaffen. So ließe sich der Geist des Internationalismus wiederbeleben, der, wie Forschungen zeigen, auf nationaler Ebene geschwunden oder sogar völlig abhanden gekommen zu sein scheint.

Eine zentrale Frage, die sich bei den Forschungen von »Next Left« ergab, lautete: Inwiefern bestimmen Werte die von den

Parteien vertretenen politischen Überzeugungen und machen sie dadurch unverwechselbar? Obwohl es Ausnahmen gibt, behandeln die Parteien Grundwerte zu meist wie allgemeine Wahrheiten und beschreiben sie als relativ abstrakte, moralisch übergeordnete Konzepte. Dadurch wird es erschwert, den Standpunkt zu vertreten, dass ein progressives Wertesystem sich von dem der Konservativen oder Liberalen unterscheidet. Das gilt ganz besonders auf europäischer Ebene, wo die von den Sozialdemokraten anerkannten Werte nur ein Abbild der bereits in den Europäischen Verträgen genannten Werte zu sein scheinen. Deswegen benötigen wir unbedingt neue Interpretationen und müssen neue Wege finden, um Werte in einem »vervollständigten« System so miteinander zu verbinden, dass die Menschen sich damit identifizieren können. In diesem Fall ist der Prozess, an dem sich alle relevanten Akteure beteiligen und zu der Ausarbeitung einer neuen Agenda beitragen, genauso wichtig wie das Ergebnis, denn er kann mitentscheidend sein für die Schaffung einer neuen Basis für künftige Koalitionen zwischen den Sozialdemokraten und ihren traditionellen und potenziellen Partnern. Nur so können Koalitionen langlebig sein und legitime Unterstützung gewähren.

In den Parteiprogrammen unserer Mitglieder schien man der Versuchung nicht widerstehen zu können, alle möglichen Themenbereiche abdecken und entsprechende Fragen beantworten zu wollen. Auf der einen Seite wird dadurch deutlich, wie komplex aktuelle Tagespolitik geworden ist. Auf der anderen Seite spiegeln sich darin die Veränderungen innerhalb der Gesellschaften wider, in denen es »Stammwähler« bald nicht mehr geben und die öffentliche Unterstützung für politische Bewegungen unbeständiger werden wird. Deswegen ist es bei den vielen guten und entschlossenen politischen Empfehlungen sehr schwierig, herauszufiltern, welches heute die eigentlichen Grundwerte der So-

zialdemokratie sind. Es muss unbedingt herausgearbeitet werden, auf welche Gesellschaftsform die Progressiven heute hinarbeiten, auch wenn Zyniker behaupten, die Zeit für visionäre Politik sei verstrichen. Der Leitgedanke muss neu definiert werden, besonders auf europäischer Ebene. Seit 1973, als der Begriff des »Sozialen Europas« zum ersten Mal verwendet wurde, stand er für die Vision eines anderen Europas. Heute gehört der Begriff zum üblichen EU-Jargon und wird den Sozialdemokraten nicht mehr als genuine Aufgabe zugeschrieben. Wenn man Europa tatsächlich politisieren will, wird es daher unerlässlich sein, eine neue Agenda zu formulieren.

Eröffnet ein Wertesystem neue Hoffnung?

Wir müssen die Art und Weise, wie Werte und ihre Beziehung zueinander interpretiert werden, modernisieren, um auf die gesellschaftsrelevanten Fragen des neuen Jahrhunderts Antworten finden zu können. Sie müssen als realistisch und pragmatisch verstanden werden, gleichzeitig aber auch echte Hoffnung auf eine bessere Zukunft bieten. Hier nur eine kleine Auswahl an Beispielen aus den Forschungsergebnissen von »Next Left«: Freiheit muss von den Sozialdemokraten wieder eingefordert, und diese muss Sicherheit und Gleichberechtigung für das Wohlergehen eines jeden nach sich ziehen. Es muss eine Antwort auf die Frage gefunden werden, wie Menschen in Zeiten der Fragmentierung, Individualisierung und der multikulturellen Gesellschaften zusammenleben können. Das Prinzip der Gleichheit muss neu definiert werden. Es muss über das Verständnis der Chancengleichheit hinausgehen und dabei andere Konzepte mit einbeziehen, wie etwa das der Gleichheit in der Autonomie. Es muss eine Brücke schlagen zu einem neuen Sozialsystem und Arbeitsmarktmodell, eine Antwort auf die

Proteste der sogenannten *squeezed middle* (der ausgequetschten Mittelklasse) oder der »99 %« finden. Letztlich darf auch Solidarität nicht mehr nur als Ausdruck der Barmherzigkeit oder des Mitgefühls verstanden werden, sondern sie muss den verbindenden Grundwert eines politischen und sozio-ökonomischen Konzepts darstellen. All diese drei Aspekte müssen letztlich zu sinnvollen und greifbaren Konzepten führen, die folglich auch auf allen Ebenen miteinander verwoben sind – von der lokalen bis zur globalen Ebene.

Die Selbstdarstellung der Partei bleibt ein zentraler Aspekt. Auf nationaler Ebene präsentieren sich sozialdemokratische Parteien als Bewegungen mit langer Geschichte, deren Traditionen auf große europäische Ereignisse wie die Französische Revolution zurückzuführen sind. Obwohl sie auch darauf pochen, sich als modern und offen darzustellen, reihen sie sich doch durch ihre starke Ausrichtung auf die Vergangenheit in die Riege der wohl-etablierten Vertreter des politischen Systems ein. So ehrenhaft diese Position auch sein mag, so birgt sie doch die Gefahr potenzieller Abneigung, die sich in öffentlichen Protesten – etwa der *indignados* – ausdrückt, einer steigenden Anzahl von Wählerstimmen für »neue« Bewegungen oder durch allgemeine Wahlenthaltung. Andererseits vermeiden es die Sozialdemokraten auf der europäischen Ebene zumeist, ihre eigene Rolle in der Vergangenheit zu erklären. Dies erlaubt es den europäischen Konservativen, eine Führungsrolle für sich zu beanspruchen (etwa als »Gründungsväter« der Union) Die Sozialdemokratie muss sich also fragen, welche Art von Organisation sie sein möchte, mit welcher Vision und innerhalb welcher Rahmenbedingungen. Antworten darauf zu finden ist unerlässlich und zeitgemäß. Sie sollten darauf verweisen, auf welches Ideal einer modernen Demokratie und auf welches politische Parteiensystem hingearbeitet wird.

(Aus dem Englischen von Bianca Schulz) ■